

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0520/2013 öffentlich 03.07.2013
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 22.08.2013	Ratsversammlung	Ratsherr Schulz, SPD-Ratsfraktion
		Ratsherr Raschke, SPD-Ratsfraktion
		Ratsfrau Hirdes, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
		Ratsfrau Danker, SSW-Ratsfraktion
Betreff: Städtepartnerschaften		

Antrag:

Die Ratsversammlung bekräftigt die Aufforderung aus der vergangenen Periode (0415/2012) und fordert die Repräsentantinnen und Repräsentanten der LH Kiel auf, im Austausch mit den bestehenden Städtepartnerschaften insbesondere Kaliningrad und Sovetsk sowie im Verhältnis zu unseren Schwesternstädten den Dialog über die Menschenrechte zu führen und insbesondere die Rechte von Schwulen, Lesben, Bi- und Intersexuellen wie auch Transgender anzusprechen.

Insbesondere soll die Oberbürgermeisterin und der Stadtpräsident im Namen der Ratsversammlung in einem Brief an die Bürgermeister von Kaliningrad und Sovetsk ihre große Sorge zum Gesetz gegen die "Propagierung" von Homosexualität zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Gesetz wird jede positive Äußerungen über Homosexualität unter Strafe gestellt. Das Gesetz stellt eine massive Verletzung der Meinungs-, Presse-, Kunst- und Versammlungsfreiheit dar.

Begründung:

Das russische Parlament hat das Gesetz gegen "Homosexuellen-Propaganda" verabschiedet, durch das positive Äußerungen über Homosexualität in Anwesenheit von Minderjährigen unter Strafe gestellt werden. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Geldbußen. Das Gesetz schließt auch Ausländer_innen mit ein, die nach Russland reisen, um Kundgebungen von Homosexuellen zu unterstützen.

Dieses neue Gesetz stößt in Deutschland und anderen westlichen Staaten auf scharfe Kritik. Der Menschenrechtsausschuss des Bundestags verurteilte die Entwicklung. Das Auswärtige Amt weist auf seiner Internetseite bereits seit einiger Zeit auf drohende Strafen hin.

Gez. Ratsherr Wolfgang Schulz, SPD-Ratsfraktion f.d.R.

Gez. Ratsfrau Dagmar Hirdes, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen f.d.R.

